

**Zeitungspreis**  
Für Halle wöchentlich 2,50 M., bei  
vierteljährlicher Bestellung 2,75 M., durch  
den Post 3 M., monatlich 2 M.,  
einmonatlich 1 M., ohne Befehlgeb.  
Bestellungen werden von allen Reichs-  
postanstalten angenommen.  
Nr. 3382 des autl. Zeit.-Berz.  
Für die Redaktion verantwortlich:  
Dr. Ernst Schulze in Halle.  
Hessischpreussische Verbindung mit Berlin, Weisbach, Magdeburg &c.  
Königsplatz-Nr. 176.

# Saale-Zeitung.

**Anzeigen**  
werden die Spalten oder deren Raum  
mit 20 Hgr. für jede Zeile und  
15 Hgr. berechnet und in der Expedition,  
von unseren Annoncisten und allen  
Annoncen-Expeditionen angenommen.  
Schließen die Zeile 10 Hgr.  
Esuchen rechtzeitig, nämlich  
Sonntag und Montag einmal,  
sonst zweimal täglich.  
(Der Nachdruck unserer Original-Artikel  
ist nicht gestattet.)

Nr. 468.

Halle a. d. Saale, Montag den 5. Oktober.

1896.

## Vom nationalliberalen Parteitag.

Die Verhandlungen des Deligirtentages, über die unsere  
Seite an anderer Stelle ausführlich berichtet ist, haben am  
Sonntag mit einem lebhaften Meinungskaustausch über die  
Stellung der Partei zu wirtschaftlichen Fragen begonnen.  
Den Anlaß dazu hat der antwortgibtige Antrag Bueck  
gegeben, der bestimmt formulierte Erklärungen gegen den Antrag König  
und die Doppeldeutung, sowie für die Handelsvertragspolitik  
verlangt im Gegensatz zu dem bisher von der Partei stets  
begehaupteten Grundsatze der Freiheit in wirtschaftlichen  
Dingen. Wie zu erwarten war, hat der Parteitag diesen  
Antrag abgelehnt und mit großer Majorität die milder scharf,  
vom Centralvorstand beantragte Erklärung angenommen, durch  
welche die Partei, Forderungen zurückweist, welche in einseitiger  
Verächtlichkeit der Interessen eines Reichstheiles andere für  
den Staat gleich wichtige Reichstheile empfindlich zu schädigen  
den Grundregeln unserer Volkswirtschaft unzulässig ge-  
achtet sind. Mit dieser Entscheidung ist das Hauptinteresse  
an den Erörterungen erschöpft. Auch die Frage, ob es zu  
einer Abänderung kommen werde, dürfte durch Annahme des  
vermittelnden Beschlusses des Centralvorstandes im ver-  
neinlichen Sinne erledigt sein. Freilich ist der Antrag Mann,  
der eine weitgehende Freiheit in wirtschaftlichen Dingen fest-  
legen wollte, ebenso abgelehnt wie der Antrag Bueck; die  
Antragsteller hatten erklärt, daß es ihren Gesinnungsgenossen  
schwer werden würde, die Zurückweisung ihrer scharferen An-  
träge zu verbinden. Aber ebenso ist doch von allen Seiten so  
ausdrücklich das Streben nach Aufrechterhaltung der Einigkeit  
und des Zusammenhanges mit den alten Parteigenossen betont  
worden, daß man sich sicher annehmen darf, man werde auf  
der Unter, die sich um den Antrag Bueck gefaßt hat, ebenso  
wie auf der Ober, die für den Antrag Mann eintrat,  
zunächst bei der alten Fahne bleiben. Wie lange allerdings  
diese Verankerung der Gegensätze in der Partei anhalten wird,  
bleibt abzuwarten. Einen sehr günstigen Eindruck machte es,  
daß Graf Oriola und Freiherr v. Deyl persönlich erschienen,  
wenn ihr Besuch ihren Standpunkt zum Ausdruck bringt  
recht fertigen, auch nur ihren allergeringsten Freunden gelangen  
vermögen sein wird. Das auch in einem anderen Antrage  
hervorgetretene Schreiben, den Antrag König in der Resolution  
ausdrücklich zu nennen und zu verurteilen, wurde aus Zweck-  
mäßigkeitsgründen abgelehnt, aber kein Zweifel darüber ge-  
lassen, daß mit dem im zweiten Absatz der Resolution ver-  
urtheilten Forderungen namentlich auch der Antrag König ge-  
meint ist. Die große Mehrheit des Deligirtentages hat dem  
Wünsche Ausdruck gegeben, daß die Fraktion auch in wirt-  
schaftlichen Dingen eine größere Geschlossenheit zeige,  
und zweifelslos werden unsere Abgeordneten sich in dieser Richtung  
und besonders mit Erfolg bemühen. Abgelehnt wurde auch ein  
Antrag, der für die Aufrechterhaltung des Reichsgeldwaibruchs  
eintrat; er wurde aber mit der ausdrücklichen Motivierung ab-  
gelehnt, daß niemand in der Partei daran denke, an dem  
Wahrspruch zu rütteln, von dem Herr v. Bennigsen gesagt hat,  
es könne nur durch eine Revolution beseitigt werden.

## Deutsches Reich.

### Hof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser traf Sonnabend mittag zu Wagen aus Sand-  
haus Rominten in Krakau ein und reiste alsbald mittelst  
Sonderzuges über Warschau und Danzig nach Landsberg weiter.  
Es war höchst wahrscheinlich, daß General von Leube,  
den Oberpräsidenten des Reichstheiles, von Götze, und  
dem Ersten Bürgermeister Delbrück empfangen wird. Der  
Kaiser, der die Unreinlichkeit seines damaligen Leibwärters  
begradigt, begab sich zu Wagen durch die Feldgasse, durch eine  
besondere Anlage elektrisch beleuchtete Straßbahn nach der  
Südenstraße, wo die Generalität mit der Regiments-Comman-  
deur, Oberlieutenant von Wenden, Sr. Majestät empfangen.  
Sr. Majestät wohnte sodann dem Festmahl zur Einweihung des  
neuen Offizierscasinos bei, an dem die aktiven Offiziere, der  
Ober-Resident Major Kapitan z. S. von Metzerstein und auf  
Wunsch des Kaisers der älteste noch lebende ehemalige Comman-  
deur des Regiments, Generalmajor von Dellinger, hieselbst,  
im ganzen 65 Personen. Sr. Majestät verließ unter rauschenden  
Sophasen der Menge um 10 Uhr 55 Min. Langfuhr.

Prinz Heinrich hat am Sonnabend das Kommando der  
zweiten Division des ersten Gardekorps angetreten und auf dem  
Wagner „König Wilhelm“ seine Amtseinführung feierlich lassen.  
Die Königin von Sachsen ist Sonnabend nachmittag nach  
Freiburg i. Br. abgereist.

Der Kaiser und die Kaiserin von Rußland werden,  
sowie ich jetzt feststeht, am Sonnabend, den 10. d. M., vormittags  
in Darmstadt entzweien. Am darauf folgenden Sonntag wird  
im Selbsthause eine Galavorgstellung des „Hofopern“ statt-  
finden.

Der Bar in Potsdam? Der Petersburger Korrespondent  
des „Allg. Ztg.“ erzählt, daß das Jarenpaar auf der Rückreise  
von Darmstadt Potsdam aufsuchen und dort drei Tage  
zum Besuche der deutschen Reichsstände verweilen werde. Die  
Anwesenheit des Jaren in Potsdam, nach dem pariser Beside-  
ntenthum würde auf die pariser Verhandlungen wie ein kalter  
Wasserstrahl wirken. Wir glauben aber einzuwenden noch nicht  
daran.

Der Sultan brüde dem Kaiser Wilhelm telegraphisch seinen  
Dank für das Bild der Kaiserlichen Familie aus.

### Minister Dr. Falk und die Wangese.

Ueber die Stellung des Staatsministers Dr. Falk zu der  
französischen Gesetzgebung geben neuerdings wieder mehre-  
fache, von dem Central- der Unklarheit an der Stin tragende  
Mittheilungen durch die Centralpresse. So brachte dieser  
Tage die „Germania“ eine Zuschrift, in welcher behauptet  
wurde, daß die Initiative von dem Wangese nicht vom Kultus-

minister Falk, sondern vom Fürsten Bismarck ausgegangen sei.  
Minister Falk habe seine Bedenken bezüglich dieses Gesetzes  
dem Fürsten Bismarck mitgeteilt, Fürst Bismarck aber habe  
darauf bestanden und ihm (dem Kultusminister) sei nichts übrig  
geblieben, als der Auforderung Folge zu leisten. So schrieb  
die „Germania.“ Die „Samb. Nachr.“ sind darauf die An-  
wort nicht schuldig geblieben. Sie treten dieselben fälschlichen  
Behauptung entgegen und fügen dem an, daß Staatsminister  
Dr. Falk auf eine Anfrage gewiß befähigt würde, daß die  
gegen den Fürsten Bismarck gerichteten Behauptungen nicht der  
Wahrheit entsprechen. Der „Westfälische Anzeiger“ erhält nun  
auf eine diesbezügliche Anfrage vom Minister Dr. Falk folgen-  
des höchwichtige Schreiben, dessen Inhalt aller Evidenzbeweisung  
ein Ende bereiten wird:

Am Laufe der Jahre sind manche Mittheilungen über meine  
Zufälligkeit als Minister in die Oeffentlichkeit gelangt, welche zu  
einer Verächtlichkeit gerechnet worden. Ich habe eine solche bisher  
niemals eintreten lassen und geduldet, soweit irgend möglich,  
bei jeder Forderung zu stehen. Am wenigsten würde ich sie  
aus eigener Bewegung einer so unehrenhaften Mittheilung gegen-  
über aufgeben, wie es die von der Redaktion in Bezug ge-  
nommene, fälschlich von der Zeitung „Germania.“ gebrachte ist.  
Allein heute leide ich eine Erklärung der „Samb. Nachrichten“,  
welche mich deutlich zu einer Aeußerung über die Mittheilung  
der „Germania.“ auffordert. Wie die Verhältnisse liegen, glaube  
ich mit der Annahme nicht zu irren, daß solche Anfordernng  
im Sinne einer von mir besonders hochverehrten Stelle ist.  
Das legt mir die Pflicht zu einer Aeußerung auf. Diefelbe  
selbstlich auf den Punkt richtend, auf welchen es sich allein  
aufkommt, erkläre ich, daß — wenn auch selbstverständlich im Hin-  
blick auf die Verhandlungen innerhalb der Staatsregierung — doch  
die Initiative zu den im Jahre 1872 vorbereiteten, Anfangs  
1878 dem Landtage vorgelegten und im Mai desselben Jahres  
Allerhöchste Vollzogene Reichsgeldgesetze von mir ausgingen  
mit und nicht von Sr. Durchlaucht dem Fürsten Bismarck ge-  
nommen worden ist. Die in meinen Händen befindlichen  
Schriftstücke zeigen, daß meine formulierten Vorschläge dem  
Gehörten nicht eher zugegangen sind, als den übrigen Mit-  
gliedern des Staatsministeriums.

### Die Erziehung der Richterämter.

Wie die „Allg. Pol. Kor.“ wissen will, beschäftigt die  
Centralcommission des preussischen Abgeordnetenhauses mit  
großer Eifer die Erziehung der Richterämter, daß die Richter-  
gehälter erhöht werden. Der Finanzminister habe, so soll sich  
ein sehr einflussreiches Mitglied dieser Kreise geäußert haben, das  
Verfahren, einzelne Kategorien der Verwaltungsbeamten heraus-  
zugreifen und ihnen höhere Gehaltsbezüge zu sichern. Das  
sei ganz verfehlt, die Oberlandespräsidenten könnten in  
der Mehrzahl der Fälle mit denselben Rechten wie die  
Regierungsbeamten eine Abstrichnahme der Staatsver-  
waltung darauf verlangen, daß es ihnen sicherer als un-  
möglich sei, mit einem Gehalt wie dem jetzigen von Ansprüchen  
zu genügen, die an sie gestellt werden, geschweize denn in Bezug  
auf Repräsentation das zu leisten, was im Interesse des  
Dienstes und im eigenen Staatsinteresse liege.

### Von den Herzogkammern.

Der Entwurf eines Gesetzes, betr. die ärztlichen Ehren-  
gerichte, das Unklarheit und die Kaufen der Herzogkammern,  
der vor längerer Zeit veröffentlicht wurde, ist nach Prüfung  
der dazu eingehenden Gutachten der Herzogkammern nunmehr  
soweit fertig gestellt, daß er an das Staatsministerium gehen  
und, dessen Zustimmung vorausgesetzt, dem Landtage zu-  
mittelbar nach seinem Zusammentritt unterbreitet werden  
kann. Eine Anzahl von Gutachten, so namentlich die der  
Herzogkammern in Berlin und Breslau, hatte weitgehende  
Aenderungen in dem Entwurf verlangt. Wie wir hören,  
hat indessen der Herr Kultusminister seine Veranlassung ge-  
funden, den meisten dieser Wünsche zu entsprechen, zumal da  
eine überwiegende Mehrheit der Kammer sich in allen wesent-  
lichen Zügen mit dem Entwurf einverstanden erklärt hatte.  
Besonders einzelne Vorschläge in betreff der Ehrengerichte  
dürften in dem obigen Entwurf Berücksichtigung gefunden  
haben.

### Die Vereinfachung des Curialfals.

Die Frage der Vereinfachung des Curialfals wird, wie die  
„Post“ erzählt, demnach das Staatsministerium beschäftigt.  
Bekanntlich haben sowohl der Minister des Innern wie der  
Finanzminister seine Vereinfachung für die ihnen unter-  
stehenden Behörden angeordnet. Eine gleichmäßige Regelung  
dieser Angelegenheit in allen Theilen der Verwaltung dürfte  
vielleicht noch auf einige Schwierigkeiten stoßen. Namentlich  
die Ungleichheit in der Behandlung der Titular (Hochwohl-  
gebornen) und Adligen und Nichtadligen, wie sie notwendiger-  
weise die Folge jener Erlassen sein muß, nach denen der bürger-  
liche Beamte die Titular „Hochwohlgebornen“ verlieren, der  
adlige je aber und zwar als solcher beibehalten wird, das vielfach  
entweder prinzipiell die Abschaffung der bekannten, bisher üb-  
lichen Titular zu Gunsten oder gleichmäßige Beibehaltung  
für alle, namentlich verlangt man, daß auch bezüglich der  
Titular von Beamten, Offizieren und Hofbeamten die  
gleichen Erlassen wie jetzt für die genannten Hofbeamten  
zustand kommen. Indessen zweifeln wir nicht, daß es dem Staats-  
ministerium gelingen wird, einen Weg zu finden, um die  
Vereinfachung allgemein, auch im Verkehre der Behörden unter  
einander, durchzuführen.

### Schulwesen.

Kein neues Volksgesetz. Eine gelegentliche An-  
sprache des Kultusministers Dr. Hoffe während seines Commu-

verlaufs hat mehrfach zu der Verlegung Anlaß gegeben, daß  
ein neues Volksgesetz in Sicht ist. Diese Annahme ist  
irrig. Wie die „Staats. Ztg.“ erzählt, ist im Kultusmini-  
sterium die Vorlegung eines neuen Volksgesetzes nicht be-  
absichtigt.

Das Verfahren, die für Ablegung der zweiten  
Vollschullehrer-Prüfung zu genehmigende Prüfungs-  
stellen vorläufig festzustellen, hat zu Schwierigkeiten  
Anlaß gegeben. Es ist dahingehend bestimmt, daß die  
Beschlüsse des 18 der Prüfungsordnung für Volksschullehrer  
vom 18. October 1872 bei der Berechnung der Prüfungsstellen  
der ersten Anstellung, sondern das Datum der ersten Prüfung  
zu Grunde zu legen. Der Minister der Unterrichts- u. Angelegen-  
heiten findet jedoch nichts Besseres zu erörtern, als bei denen,  
welche sich innerhalb des fünfsten auf die Ablegung der ersten  
Prüfung folgenden Kalenderjahres zur zweiten Prüfung melden,  
von der Einholung einer Erlaubnis auch dem Abhand genommen  
werden, wenn die Zwischenzeit zwischen dem Tage der ersten und  
der zweiten Prüfung den Zeitraum von fünf Jahren um mehrere  
Monate übersteigt.

Au den 11. d. M. ist in die hiesige hiesige hiesige Dame  
mit einer Eingabe über die Verhältnisse für die Ablegung  
der Oberlehrer- u. Prüfung gelangt. Der Minister  
hat ihr erwidert, daß, sofern sie zur wissenschaftlichen Lehrentern-  
prüfung, welche jährlich einmal zu Berlin abgehalten wird und  
zu der Berechnung an das Ministerium zu richten sind, zugelassen  
werden sollte, sie nachzuweisen habe, daß sie die erste Lehrentern-  
prüfung abgelegt (das Bezugsjahr über bestandene Sprachlehrentern-  
prüfung genügt nicht) und neuer fünf Jahre, darunter zwei  
Jahre an Schulen, unterrichtet hat. Wie sie sich zur wissen-  
schaftlichen Prüfung vorbereiten wolle, abgehalten wird, durch  
Zweizehne an den Fortbildungskursen des Wittoria-Lyceums zu  
Berlin oder an den Fortbildungskursen zu Göttingen oder durch  
Zweizehne an Universitätsvorlesungen, die bei ihr überlassen  
werden, vorbehaltlich der Erfüllung der für diesen Zweck bedingten  
Voraussetzungen.

Was Deutschen in Oberriesen wird der „Post“ gemeldet: In  
Gndik, einem Orte des Kreises Prottau, hat es der Bürger-  
verein durch energisches Vorgehen nach langen Verhandlungen  
erreicht, daß alle dortigen Schulen als deutsche  
erklärt worden sind. Der Religionsunterricht wird vom  
Schule der Bischöfen an auf allen Schulen nur deutsch erteilt.  
An der Bürgervereins herrscht außerordentliches Jubel über diesen  
Erfolg in der Abwehr von unzulässigen Vertheilungen.

Kulturaufgaben seien nicht! Wohlwoll! In Welsch-  
dorf, Kreis Reichenbach in Sachsen, muß aber eine Verzicht  
in der evangelischen Schule nicht weniger wie 110 Stunden unter-  
richten und in der katholischen Schule hat sich ein Lehrer sogar  
mit 128 Stunden abgefunden. Was das eine seine „Ausbildung“  
werden!

### Was doch eine Erweiterung der Fideikommiss!

Die im gestrigen Leitartikel ausführlich behandelte Ansicht  
des Professors Max Weber, daß Herr Wiquel eine Erweiterung  
der Fideikommisspläne, wurde bekanntlich von der „Post“  
geleugnet; am folgenden Tage schon mußte diese „Post“ sie  
befähigen. Nur um eine durchgehende Erweiterung soll es  
sich nicht handeln, d. h. es soll je nach dem Ermessen der  
Verwaltung in der einen Provinz für die Erweiterung der  
bestehenden Fideikommiss geortet werden, in einer anderen  
nicht. Mit anderen Worten, wo die Besitzer von den Fide-  
kommissen nichts wissen wollen, sollen sie fähig dazu er-  
götzt werden. Da versteht man auch, warum bisher über die  
Höhe der Herabsetzung der Ertragsgrenze von 30,000 M.  
nichts verhandelt. Wie die Fideikommiss bereits über 11 Proz.  
der landwirtschaftlich angebauten Fläche betragen, liegt man  
die Ertragsgrenze nicht herab, wo sie 4 Proz. betragen, kann  
man den Nachweis einer Ertragsgrenze unmöglich ganz fallen.  
Was geht daraus hervor? Herr Wiquel hat sich eine gewisse  
Begehrnisse der Fideikommiss konfirmirt. So weit muß eine  
Provinz rechtsstaatlich gebunden werden haben, befreit  
seine Staatswesen, und wo das nicht der Fall ist, da muß  
von Dringlichkeit wegen nachgeholfen werden. Man kann sich  
etwas Unangenehmes, ja Gewaltthatiges gar nicht denken.  
Das der Effekt nur erreicht werden kann, indem man die  
Ungleichheiten der Wirklichkeit durch Ungleichheit in der Be-  
handlung ausgleicht: hier 30,000 M., dort 20,000, dort  
10,000 M. als Ertragsgrenze liegt, liegt auf der Hand. Aber  
was kommt es darauf an, wenn nur das Aequivalenz des  
Herrn Wiquel erreicht wird!

### Der Ankaufsschemel bei der Uebernahme der Konversion von Aktionen oder Obligationen durch ein Garantieinstitut.

Bekanntlich besteht zwischen dem preussischen Stempelamt  
und den deutschen Banken eine Streitfrage darüber, wie der  
Ankaufsschemel zu berechnen ist, wenn ein Garantieinstitut die  
Konversion von Aktien oder Obligationen übernimmt. Der  
preussische Stempelamt verlangt nämlich den Nachstempel für  
das Ankaufsgeschäft von den sämtlichen Aktien und  
Obligationen, deren Konversion angeboten ist, während die  
Banken nur den Stempel von den nicht zum Austausch ge-  
langenden Werthen bezahlen wollen, welche sie abnehmen  
müssen. Die Discrepanz zwischen dem, was das Stempelamt hat  
bis her bei Ankauf des Fiskus angefordert, während die  
bayerischen Oberlandesgerichte zu Gunsten der Banken er-  
reichte, und die dem Reichsgericht gelangte merkwürdige  
weise diese Differenz in den Einkünften der Oberlandes-  
gerichte nicht zur Angleichung. Der dritte Civilsenat des  
Reichsgerichts bestätigte nämlich die Entscheidungen des  
Rammergerichts, der letzte Civilsenat des Reichsgerichts aber  
die der bayerischen Oberlandesgerichte. Beide Senate be-  
haupten trotz des völligen Widerspruchs in dem Ergebnis  
ihrer Entscheidungen, daß demnach keine Veranlassung vorliegt,  
eine Veranlassung herbeizuführen, weil es sich wesentlich  
um Wertentziehung handeln. — Nun eröffnet eine jeden  
vom zweiten Civilsenat des Rammergerichts gestellte Ent-  
scheidung endlich die Aussicht, daß die hier in Rede stehende







Neu-Eröffnung

des

# Hamburger Engros-Lager

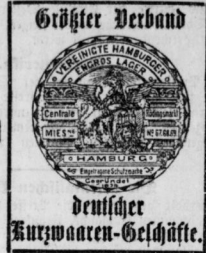
## Leopold Nussbaum

6 Kleinschmieden 6.  
Parterre u. I. Etage

Halle a/S.

6 Kleinschmieden 6.  
Parterre u. I. Etage

Dienstag den 6. Oktober Nachmittags 6 Uhr.



Ich habe die Ehre hiermit anzuzeigen, dass das Hamburger Engros-Lager in dem bekannten Neubau Ecke Kleinschmieden und Grosse Steinstrasse, wo dasselbe sich auch schon früher befand, heute neu eröffnet ist. Ich habe das Sortiment meines Geschäfts in jeder Richtung vervollständigt und alle modernen Einrichtungen, vor allem elektrische Beleuchtung durch eigenen Motor, eingeführt, um dem geehrten Publikum von Halle und Umgegend, den heutigen Verhältnissen entsprechend, schöne angenehme Kaufräume zu bieten. Ich werde Alles aufbieten, um die Besucher meines Geschäfts durch aufmerksame Bedienung zufrieden zu stellen, und werde ich keine Opfer scheuen, um jederzeit in allen Abtheilungen meines Geschäfts die Neuheiten der jeweiligen Moden zu bringen. Die Preise sind für alle Waaren äusserst billig berechnet und vergüte ich bei allen Einkäufen 3 Prozent Rabatt, welche in Rabattspärbüchern aufgesammelt und vierteljährlich in baar zur Auszahlung gelangen.

Ich bitte alle Einwohner von Halle und Umgegend, ohne Kaufzwang mein neues Warenhaus gefälligst in Augenschein zu nehmen.

Hochachtungsvoll

### Leopold Nussbaum.

Eigene Einkaufshäuser:  
Berlin, Paris, Annaberg.

Jeder Gegenstand wird bereitwilligst  
umgetauscht.

**Otto Knoll,** Leipziger Str. 87, part. u. I.  
empfiehlt sein grosses Lager in  
fort. Herren- u. Knaben Garderoben  
Grosses Stofflager zur Anfertigung n. Maass.  
Christliches Geschäft.



## Schablonen

zum Zeichnen der Wäsche,  
zum Sigmiren von Kissen, Säcken etc.  
**Kreuzstichmonogramme**  
empfiehlt in grösster Auswähl

### Otto Unbekannt,

Gr. Ulrichstrasse 1a.

Die Schuh- und Stiefel-Fabrikate

# Otto Herz & Co.

finden sich bei  
**C. Buchalla,**  
Gr. Steinstrasse 11.

Anerkannt empfehlenswerthe Bezugsquelle.

### Ausverkauf.

Um den Restbestand meines Lagers in  
**Glas- und Porzellanwaaren**  
zu verkaufen, verlege mein Geschäft bis Weihnachten nach Reumhütter 3/A.  
**L. Sommer.**

# Schwarze Seidenstoffe,

Reine Seide Nr. 1,25, 1,50, 1,80, 2, 2,25, 2,50 bis Nr. 7 Mk.

Für den Einzelgehalt verantwortlich: W. König in Halle.

Deutsches Fabrikat, ist sogar im Auslande bedroht, weil es sich durch Haltbarkeit des Gewebes und  
Gelegenheitskauf: **Nr. 2,00 Mk.** reinleidendes, kräftiges Gewebe  
mit voller Farbe.  
Reste besonders preiswerth.

Halle a. S. **G. Schwarzenberger.** Poststr. 9/10.  
Aeltestes Seidenhaus am Platze.

Halle. Druck und Verlag von Otto Seidel.

Nr. 4 Weißkittern und Unterhaltungsblatt.

Flachliegende  
**Geschäftsbücher.**

**Aug. Weddy, Leipziger Str. 22.**

**Für Zeichenschüler**

Reissbretter, Reisschlenen, Winkel,  
Reisszeuge, prim. Mansstäbe, flüssige un-  
wuschbare schwarze u. farbige Anzeigtuschen,  
sowie sämtliche Artikel für technisches  
Zeichnen in nur prima Qualität.

### H. Bretschneider,

Special-Geschäft f. techn. Zeichen-Utensilien  
Gegr. 1846. Steinweg 56. Gegr. 1846.

Fernsprecher 831.

### Putzkursus!

für Töchter höherer Stände beginnt am 12. Okt. Anmeldungen nimmt jeder-  
zeit entgegen M. Lotz, An der Universität 17, I.

### Bekanntmachung.

Der 2 jährige Reibenbestand auf den  
fiskalischen Veranlagungen am rechten  
und linken Saaleufer bei Müzig, des-  
gleichen auf den wasserbauwirtschaftlichen  
Flächen hinter der Dammtrone des  
Nichtwerks am sogenannten kleinen  
Hülberger Wehre soll öffentlich meist-  
bietend verkauft werden.  
An diesem Zwecke steht Dienstag den  
6. Oktober d. J. Vormittags 9 Uhr  
im Bureau der Wasserbauinspektion,  
Mühlweg 29, I. Termin an.  
Die künftige Wasserbauinspektion.

### Auction.

Dienstag den 6. d. Vorm. 11 Uhr  
verleigere ich im Gasthof „Grüner Hof“  
(vor dem Steinthor) meistbietend gegen  
Barzahlung:  
1 hochelegante Glaslandauer,  
1 Wraat,  
1 Reisswagen auf Federn,  
1 Flaschenbierwagen (auch als  
Wagen oder Mischwagen zu benutzen).

**J. Stemmler,**  
vereid. Auktions-Commissar (e  
und gerichtlich vereid. Taxator.

**Faden-, Contor- und  
Rekonstruktionsmaschinen,**  
sowie Möbel jeder Art kauft stets und  
zahlt die höchsten Preise  
Friedrich Pelleke, Weißstr. 25.

**Billigster Einkauf zur  
Damen-Modederei,**

so wie von  
**Müßelpolamenten,  
Strickgarn,  
Strümpfen,  
Handschuhe,  
Schürzen** etc. im

**Berliner Engros-Lager**  
Gr. Ulrichstrasse 32.